

abhängigen und unabsetzbaren Richter, so darf man wohl sagen, den nazistischen Strick um den Hals legen. Aber, Genossen, wir haben gelernt. Wer also das demokratische Gesetz beugt, wer als Richter oder Staatsanwalt das Recht nicht anwendet gegen die Feinde unserer demokratischen Ordnung, der, Genossen, hat auf einem Richterstuhl keinen Platz mehr. (Lebhafter Beifall.) Das verlangt Wachsamkeit des Volkes und Kontrolle der Justiz durch die demokratische Öffentlichkeit, und diese Feststellung, das möchte ich ausdrücklich unterstreichen, gilt auch für die Rechtsanwälte. Wir denken nicht daran, eine Kollektivierung oder Verstaatlichung der Rechtsanwaltschaft vorzunehmen. Wir werden eine Form finden, die die Stellung der Anwaltschaft als ein Organ der Justiz klar zum Ausdruck bringt, die aber auch die wirtschaftliche Selbständigkeit des Rechtsanwalts aufrechterhält. Natürlich aber müssen wir von der Anwaltschaft erwarten, daß sie auch von ihrer Seite aus an dem Aufbau einer demokratischen Justiz ehrlich mitarbeitet. In Westdeutschland ist es der Reaktion wieder gelungen, die alte volksfeindliche Justiz als Herrschaftsinstrument einer kleinen besitzenden Schicht gegen die Interessen des Volkes wiederherzustellen. Mit über 80 Prozent als Richter, mit Staatsgerichtshöfen, mit unabsetzbaren angeblich unpolitischen Richtern und unter weitgehender Ausschaltung des Laienelements in der Rechtsprechung hat sich die Bourgeoisie in Westdeutschland wieder ihren „Rechts“staat aufgebaut, in dem das Recht als Waffe in der Hand einer Minderheit gegen die Mehrheit des Volkes mißbraucht wird.

Wir haben, Genossen, in der sowjetischen Besatzungszone die Grundlage für eine demokratische Justiz geschaffen, die demokratische Rechtsordnung festigt sich immer mehr und das Volk hat die Möglichkeit, aber auch die Pflicht, die Gerichte und ihre Rechtsprechung zu kontrollieren. Und wir können feststellen, daß hauptsächlich im letzten Jahre die Fragen der Justiz immer mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt sind, und daß besonders auch die Werktätigen in ständig wachsender Zahl an der Arbeit der demokratischen Gerichte teilnehmen. Und in demselben Umfange, wie die Werktätigen an der Arbeit der demokratischen Gerichte teilnehmen, in demselben Umfange, in dem die Richter und Staatsanwälte durch ihre Rechtsprechung die neue demokratische Ordnung schützen und verteidigen, in demselben Umfange wird sich das Mißtrauen der Arbeiter gegen die Justiz in ein Vertrauensverhältnis umwandeln. Die Sozialistische Ein-